

# Kommunalwahlprogramm 2008 für Würzburg:

## Soziales Gewissen ins Rathaus

Privatisierung stoppen -  
Öffentliche Daseinsvorsorge  
erhalten und ausbauen



### Inhaltsverzeichnis

<b>Soziales Würzburg</b> .....	1
Von Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch.....	1
Teilhabe am öffentlichen Leben.....	1
DIE LINKE fordert den »Würzburg Pass«.....	1
1. Der Würzburg-Pass ist ein Kulturpass: .....	1
2. Der Würzburg- Pass macht mobil.....	2
3. Der Würzburg-Pass beinhaltet einen Sozialtarif für Strom und Gas. ....	2
Kinderarmut.....	2
Links wirkt! Beispiel Schulfonds.....	2
Stichwort: Kinderwunsch.....	2
Stichwort: Gesundheit.....	2
Stichwort Armut .....	3
Stichwort Weihnachtsbeihilfe.....	3
Erwerbslos leben in Würzburg.....	3
Gemeinnützig oder gemein und gar nicht nützlich: Ein -Euro -Jobs.....	5
Arm trotz Arbeit.....	5
Keine Lohnrückerei in den städtischen Betrieben.....	5
Wohnen ist Menschenrecht.....	6
<b>Bildung</b> .....	6

Unsere schulpolitischen Ziele in Würzburg.....	6
Mozartareal für schulische Zwecke erhalten.....	6
Links wirkt .....	6
Kindergärten und Hort.....	7
<b>Jugend.....</b>	<b>7</b>
Perspektiven geben.....	7
Eine zweite Chance geben – nicht die Zukunft verbauen.....	7
Der Jugend Freiräume geben.....	7
Graffiti.....	7
Skater.....	7
Ausbildung / betriebliche Ausbildungsplätze.....	8
Für jeden Schulabgänger eine passende, qualitätvolle Ausbildungsstelle.....	8
Keine Förderung von sogenannten Warteschleifen.....	8
Für mehr präventive Jugendhilfe und Förderung der Jugendkultur.....	8
<b>Kunst und Kultur.....</b>	<b>8</b>
Arme reiche Stadt Würzburg.....	8
Kultur in „Tote Räume“ bringen.....	9
Kreativität ist auch bei der Stadtverwaltung gefragt.....	9
Kunst und Kulturforum.....	9
Stadtkultur - Alle Einladen.....	9
Wege aus der Misere.....	9
<b>Mobil sein – Wichtig für Alle.....</b>	<b>10</b>
Kurze Wege – gute Anbindung.....	10
Umfassendes Verkehrskonzept.....	10
Verkehrsverbund Franken - Schluss mit dem Inseldasein.....	10
Wann und wo fährt der Bus?.....	10
Wo bekomme ich meine Fahrkarte?.....	11
Tarife.....	11
Fahrzeiten und Takte.....	11
Verkehrsplanung - Verkehrsvermeidung.....	11
Lieferverkehr.....	12
Es fehlt ein Park- and Ride-Konzept.....	12
Würzburg - eine fahrradunfreundliche Stadt.....	12
<b>Schluss mit neoliberalen Experimenten.....</b>	<b>12</b>
Öffentliche Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe!.....	12
Schlechte Erfahrungen bei Privatisierungen.....	13
Der neoliberale Geist in Würzburg.....	13
Würzburger Stadtwerke bereits teilprivatisiert EON-Konzern hält 25%-Anteil.....	13

Bertelsmann-Tochter arvato:	
Privatisierung der Kommunalverwaltungen.....	13
In Großbritannien betreibt arvato für Kommunen bereits Bürgerbüros.....	14
Bertelsmanngruppe steigt ein in die »Würzburg AG«.....	14
Was ist »Würzburg integriert«?.....	14
Würzburg integriert: Vertragsbedingungen sind geheim.....	15
Würzburg integriert: Die Stadt hat nicht mehr das Sagen.....	15
Würzburg integriert: Was wird mit den Einsparungen?.....	15
Weitere Knackpunkte des Projekts „Würzburg integriert“ .....	16
Welche Bereiche sind betroffen?.....	16
<b>Privatisierung stoppen –</b>	
<b>die Stadt gehört den Bürgern, nicht den Konzernen.....</b>	<b>16</b>
Handlungsspielräume	
für die Zukunft erhalten.....	16
Handlungsspielräume	
zurückgewinnen.....	17
<b>Gläsernes Rathaus – Nah am Bürger.....</b>	<b>17</b>
Keine Geheimverträge bei Demokratieabbau.....	17
Nicht über die Bürger, mit den Bürgern.....	17
eGovernment – Transparenz durch Internet.....	17
Schon im Planungsstadium informieren und Bürger beteiligen.....	17
Einrichtung von Zukunftswerkstätten – Vernetzt Denken.....	17
<b>Zukunft nicht verbauen.....</b>	<b>18</b>
Öffentlicher Raum ist wertvoll.....	18
Deshalb, Nein zum Mozartareal.....	18
Schöne Plätze – Bänke statt Banken.....	18
<b>Freiheit stirbt mit Sicherheit – und Kultur auch.....</b>	<b>18</b>
Grundgesetz unter Beschuss.....	18
Würzburger Sicherheitssatzung.....	19
Kultur- und demokratiefeindlich.....	19
Plakatierung – Privileg der Stadt und der Parteien.....	19
Platzverweise nach Gutsherrenart möglich.....	20
Menschen - nur als Konsumenten erwünscht.....	20
<b>Würzburg – Weltoffen und</b>	
<b>liberal?.....</b>	<b>21</b>
<b>Bekenntnis für Frieden.....</b>	<b>21</b>

## Soziales Würzburg

*»Der Zweck des Staates ist die  
Verschönerung des Lebens.«  
Aristoteles*

### Von Arbeit muss man leben können und ohne Arbeit auch.

Immer mehr Menschen sind auf die kostenfreien Lebensmitteln der Würzburger Tafel oder auf Armenspeisungen angewiesen. 6000 Menschen leben in Würzburg in sogenannten Bedarfsgemeinschaften, d.h. sie beziehen Arbeitslosengeld II und 2000 Kinder leben von Sozialgeld.

Rund 500 Erwerbslose arbeiten in einem Ein-Euro-Job, die Hälfte davon in kommunalen Betrieben, Lückenbüßer einer verfehlten Personalpolitik seitens der Stadt Würzburg.

Eine Kontrolle, ob diese Ein-Euro-Jobs gemeinnützig und zusätzlich sind, findet nicht wirklich statt, Arbeitsplätze werden verdrängt.

Hartz IV entwürdigt und entrechtet Erwerbslose.

Hartz IV verarmt. Hartz IV zwingt Menschen ihr soziales Umfeld zu verlassen. Hartz IV entwertet Qualifikationen und übt Druck aus auf die Beschäftigten und zwingt diese zu Armutslöhnen zu arbeiten. Es gibt ca. 70 000 Arbeitsplätze in Würzburg, ca. ein Drittel der Beschäftigten arbeitet Teilzeit, in Minijobs, befristet oder in Leiharbeit.

**Wir fordern: Hartz IV muss weg!**

Bis wir dieses Ziel auf Bundesebene erreicht haben, wollen wir hier in der Stadt das Leben der betroffenen Menschen verbessern.

### Teilhabe am öffentlichen Leben.

Auch Bürger mit kleinem Geldbeutel haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, ein Recht auf Bildung, Kultur, Mobilität, gesundheitliche Vorsorge. Und wer aus dem Berufsle-

ben ausgegrenzt ist, darf nicht sozial isoliert werden.

Erwerbslose, Familien mit geringem Einkommen, Allein-Erziehende, Bezieher von Grundsicherung, Rentner und Asylbewerber haben ein Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben.

Die Durchschnittsrente beträgt in Würzburg nur 591 Euro. Allein -Erziehende können oft nur Teilzeit arbeiten. Die Familieneinkommen sind zu niedrig.

Die Fahrkarte für öffentliche Verkehrsmittel müssen sich viele tatsächlich »vom Munde absparen«. Kino, Schwimmbad oder gar Theaterbesuche sind gar Luxus

### DIE LINKE fordert den »Würzburg Pass«

Dieser Pass besteht aus drei Teilen, der Verwaltungsaufwand ist gering, da der Nachweis auf Anspruch durch eine Behörde erfolgen soll.

#### 1. Der Würzburg-Pass ist ein Kulturpass:

Der bereits vorhandene Ausweis für den ermäßigten Besuch von städtischen Einrichtungen wird ausgebaut zu einem Kulturpass mit einem deutlich erweiterten Angebot. Nicht nur das Dallenbergbad und das Mainfranken Theater sollen ermäßigte Eintrittspreise für den Inhaber dieses Pass gewähren. Auch Hallenbäder, Museen, der Besuch von Kursen der Volkshochschule, die Musikschule und alle Einrichtungen und Institutionen, wie Sportvereine oder Theater, die von der Stadt Fördergelder erhalten müssen beteiligt werden und **mindestens** 50 % Ermäßigung oder mehr gewähren.

Die Buchentleihe in der Stadtbücherei wird für Inhaber des Würzburg -Passes kostenlos. Auch der Handel und Gewerbetreibende wie Kinos oder Kulturveranstalter sollen für das Projekt Würzburg Pass gewonnen werden und sollen den Inhabern des Würzburg-Passes Ermäßigungen gewähren.

**2. Der Würzburg-Pass macht mobil**

Inhaber erhalten ein Sozialticket für die Stadt Würzburg im Bereich der Großwabe für 18 Euro im Monat ohne Ausschlusszeit. Am Wochenenden, Sonn- und Feiertagen und in den Ferien gilt dieses Ticket im gesamten Netz, denn Mobilität ist lebenswichtig!

**3. Der Würzburg-Pass beinhaltet einen Sozialtarif für Strom und Gas.**

Der jetzige Tarif, der sich aus Grund- und Arbeitspreis zusammensetzt wird abgeschafft.

Paare und Familien erhalten diesen Tarif entsprechend der Personen im Haushalt. Ein Menschenrecht für ein würdiges Leben schließt auch die Versorgung mit Strom und Gas ein und so macht Energiesparen Sinn.

Den Würzburg-Pass können alle Würzburger Bürger beantragen, deren Einkommen unterhalb der Wohngeldbemessungsgrenze liegen.

Form.

Wir wollen, das auch Familien mit geringen Einkommen anspruchsberechtigt sind und die Beihilfe darf nicht über Gutscheine erfolgen. Anspruchsberechtigt sollen alle Bürger sein, die unterhalb der Wohngeldbemessungsgrenze liegen. Wir fordern: Keine Stigmatisierung von Erwerbslosen und Armen.

**Stichwort: Kinderwunsch**

Für einige Kinder verhindert Hartz IV das Leben

Der Sozialtarif im Vergleich						
	Bisheriger Tarif				Sozialtarif	
Verbrauch	Grundpreis	Arbeitspreis	Gesamt	Schnitt	Gesamt	Schnitt
kWh/Jahr	Euro	18 Ct/kWh	Euro	Ct/kWh	Euro	Ct/kWh
1000	100	180	280	28	0	0
2000	100	360	460	23	300	15
3000	100	540	640	21	600	20
6000	100	1080	1180	20	1500	25

*Der Durchschnittspreis je Kilowattstunde sinkt beim bisherigen Tarif mit höherem Verbrauch von 28 auf 20 Cent. Höherer Verbrauch senkt den Durchschnittspreis. Beim Sozialtarif steigt der Durchschnittspreis von 0 auf 25 Cent mit steigendem Verbrauch (Basis: 1000 kWh ohne Berechnung, darüber 30 Ct/kWh). Mehrverbrauch erhöht den Durchschnittspreis. Wer weniger als 1.000 Kilowattstunden jährlich verbraucht, zahlt gar nichts, ohne dass dadurch der Versorger Einbußen erleidet. Denn über alle Verbraucher gemittelt ändert sich der Erlös des Versorgers nicht. Bisher zahlen die Sparer für die Verschwender mit. Künftig sollten die Verschwender die Sparer belohnen.*

*Sozialmodell des Bundesverbands der Energieverbraucher*

**Kinderarmut**

Wir wollen die Kinderarmut wirksam bekämpfen und Kindern die Möglichkeit geben sich würdevoll in die Gesellschaft einzugliedern.

Der Regelsatz für Kinder muss deutlich erhöht werden. Das ist eine bundespolitische Aufgabe.

Bis diese Ziel erreicht ist muss die Stadt durch kommunale Beihilfen, wie den Schulfonds und zum Beispiel einen Bekleidungszuschuss für Kinder die Situation der Kinder verbessern.

**Links wirkt! Beispiel Schulfonds**

Aufgrund unserer Kampagne für den Schulfonds entschloss sich der Stadtrat für die Einführung, allerdings nur in einer unzureichenden

gänzlich. Frauen bzw. Familien die von Hartz IV leben müssen bzw. sich von Hartz IV bedroht fühlen entscheiden sich immer häufiger für einen Abbruch der Schwangerschaft, da sie ihrem Kind ein Leben in Armut nicht zumuten wollen.

Kinder sind unsere Zukunft, deshalb sind hier dringend Beihilfen zu gewähren, die eine Entscheidung für ein Kind ermöglichen. Sonntagsreden reichen in dieser Situation hier in unserer Bischofsstadt nicht aus.

**Stichwort: Gesundheit**

Bürger mit kleinen Einkommen oder Bürger, die auf Hartz IV angewiesen sind, können sich oft Zuzahlungen zu Medikamenten nicht leis-

ten. Auch fehlt das Geld für die Anschaffung einer Brille oder für Zahnersatz. Wir fordern die Einrichtung eines städtischen Gesundheitsfonds.

### **Stichwort Armut**

Die Stadt Würzburg muss in regelmäßigen zeitlichen Abständen einen Armuts- und Reichtumsbericht erstellen. Nur so kennt man die Lebensbedingungen seiner Bürgerinnen und Bürger wirklich.

### **Stichwort Weihnachtsbeihilfe**

„O je du Fröhliche“, heißt es für viele Menschen an Weihnachtsfeiertagen, denn das Geld reicht schon an Werktagen nicht. Wenn es einen Grund zum feiern gibt, sollen auch Erwerbslose, Geringverdiener, Alleinerziehende und Rentner feiern können. Wir fordern die Einführung einer Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 50 Euro Bargeld für Erwachsene und 80 Euro für jedes Kind. Würzburg muss sich zu seiner sozialen Verantwortung bekennen und christliche Werte nicht nur als Lippenbekenntnissen verstehen. Andere Städte, wie Burghausen, gehen hier mit gutem Beispiel voran.

Anspruchsberechtigt sind alle Bürger, deren Einkommen unterhalb der Wohngeldbemessungsgrenze liegt.

### **Erwerbslos leben in Würzburg**

Seit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Januar 2005 ist die ARGE in der Bahnhofsstraße Ansprechpartner für erwerbslose Bürger, die unter Hartz IV fallen. Hier arbeitet die Stadt Würzburg und das Arbeitsagentur in gemeinsamer Verantwortung.

### **Folgende Probleme bedürfen dringend einer Lösung:**

1. Bürger werden gezwungen umzuziehen.
2. Die Bescheide über das Arbeitslosengeld II sind oft unverständlich und falsch.
3. Die Bearbeitung von Widersprüchen dauert zu lange.
4. Erwerbslose haben keine Mitsprache an den der Umsetzung des SGB II.
5. Die Miete wird nicht korrekt berechnet.
6. Mitarbeiter sind überlastet und nicht genug qualifiziert.
7. Es wird gefordert, aber nicht gefördert.

Wir wollen:

#### **1. Keine Zwangsumzüge. Wohnen ist Menschenrecht.**

Unverletzlicher, menschenwürdiger Wohn- und Rückzugsraum zählt zu den unveräußerlichen Rechten eines jeden Menschen. Niemand darf gezwungen werden, sein soziales Umfeld zu verlassen. Günstiger Wohnraum ist in Würzburg knapp.

#### **2. Erläuterungen zu den Berechnungen sind zwingend erforderlich.**

Diese könnten Widersprüche und langwierige Gerichtsverfahren verhindern und so Ressourcen bei den Mitarbeitern freimachen und Kosten sparen.

#### **3. Widersprüche müssen schneller bearbeitet werden.**

Die ARGE braucht ein Jahr und länger, sofern man keine Klage einreicht. Niemand, der von Hartz IV leben muss, kann solange warten.

#### **4. Die Einrichtung eines selbstverwaltenden Beirats,**

wie im Gesetz vorgesehen, ist zwingend notwendig. Dies lehnt das Sozialreferat der Stadt Würzburg ab.

#### **5. Korrekte Berechnung der Miete**

Die Stadt Würzburg berechnet die Unterkunftskosten bei ALG II Empfängern, die in einer Wohngemeinschaft mit Berufstätigen

oder Studenten leben, so als ob alle Bewohner dieser Wohngemeinschaft ALG II Empfänger wären. Das ist gesetzeswidrig. Das SGB II erlaubt keine Pauschalierung. Die Höhe der tatsächlichen Miete, die der Einzelne zu zahlen hat, ist entscheidend.

#### **6. Die Mitarbeiter der ARGE müssen ausreichend qualifiziert sein.**

Sozial kann eben nicht jeder. Sie müssen sowohl Kenntnisse über Branchen und Berufe haben und wissen wie man mit Menschen umgeht. Wer eine Leistungsverweigerung nicht von einer Lernbehinderung unterscheiden kann oder glaubt, "dass die Kinder von ALG II Empfängern nur im Gymnasium rumsitzen, um nicht arbeiten zu müssen" (Zitat des Geschäftsführers der ARGE) ist fehl am Platz.

#### **7. Die Fördermöglichkeiten sind unzureichend.**

Andere ARGEN im Bundesgebiet fördern deutlich mehr und anders. Es gibt Prämien für selbst gefundene Arbeitsplätze, der Erwerb des Führerscheins wird bezuschusst oder der Kauf eines Pkws finanziert. Und Angebote zum Erwerb eines Berufsabschlusses, gerade für junge Erwerbslose, fehlen. Umschulungen kommen gar nicht mehr vor. Stattdessen bietet die ARGE sinnlose und dennoch teure Qualifizierungsmaßnahmen wie die Jobfabrik an, ohne Perspektive oder gar einem Zertifikat. Jede ARGE bestimmt selbst wie sie ihre Mittel einsetzt. Da fehlt der Stadt Würzburg ein schlüssiges Konzept. Wir wollen den Ausstieg aus den Ein-Euro-Jobs, hin zu mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

## **Gemeinnützig oder gemein und gar nicht nützlich: Ein –Euro –Jobs.**

Seit der Einführung von Hartz IV darf für 1 Euro die Stunde gearbeitet werden.

Ja, wir wissen, etliche Erwerbslose nehmen das Angebot einer sogenannten „Tätigkeit mit Mehraufwandsentschädigung“ gerne an, denn sie wollen beweisen, dass sie arbeiten können und wollen. Sie fühlen sich gebraucht und wer von 347 Euro leben muss, ist froh um jeden Cent der zusätzlich in die Haushaltskasse kommt.

In Würzburg arbeiten viele der Ein-Euro-Jobber bereits seit Jahren an ein und denselben Einsatzort und oft mehr als die im Bundesgebiet üblichen 20 Stunden..

1-Eurojobber gibt es sogar „verpflichtet“ bei der Stadtverwaltung. Dies ist nicht nur verboten, sondern vernichtet auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Hier können noch Forderungen der Bundesagentur auf die Stadt zu kommen, wie im Landkreis geschehen.

In der Stadt Würzburg, wurden 200 Planstellen abgebaut und über 200 Ein-Euro-Stellen stehen jetzt zur Verfügung. Dies ist nicht nur eine „Sauerei“, sondern es kann den Straftatbestand der Subventionserschleichung erfüllen. Denn die Stadt Würzburg bekommt für jeden Ein-Euro-Job Subventionen von der Bundesagentur für Arbeit.

## **Arm trotz Arbeit**

Die Arbeitseinkommen der Würzburger haben sich deutlich verschlechtert. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger arbeiten in Teilzeit, in Leiharbeit, in Minijobs oder haben nur befristete Verträge.

Ausbildungsstellen sind Mangelware und mittlerweile bezahlen Eltern wieder „Lehrgeld“ um ihren Kindern einen Ausbildungsplatz zu verschaffen. Ausgelernte werden oft nicht übernommen und starten ins Berufsleben mit der

Meldung bei der Arbeitsagentur.

Auf der Bundesebene setzt sich DIE LINKE, gemeinsam mit Gewerkschaften für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro ein und kämpft für Verbesserungen für Menschen in prekären Beschäftigungen

### **Wir fordern:**

- Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen.
- Keine verdeckte Förderung von Billiglöhnen.
- Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an soziale und ökologische Standards zu binden.
- Der Stundenlohn von 8 Euro darf nicht unterschritten werden.
- Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt ihr gesetzlichen Anspruch auf Altersteilzeit verwehrt wird, werden keine Arbeitsplätze frei!
- Handwerks- und Gewerksbetriebe müssen durch sinnvolle kommunale Investitionen gefördert werden. Betriebe die ausbilden, müssen bei städtischen Aufträgen bevorzugt werden.
- Die Stadt darf nicht Vorreiter bei der Schaffung von prekärer Beschäftigung sein.
- Keine Leiharbeit bei der Stadt und ihren Eigenbetrieben.
- Einschränkung der befristeten Beschäftigung.

### **Keine Lohndrückerei in den städtischen Betrieben**

- Es dürfen keine Planstellen durch Ein-Euro-Jobs ersetzt werden, wie es derzeit geschieht. Dies ist nicht nur rechtswidrig – zudem wird damit Druck auf die Beschäftigten ausgeübt.
- Es dürfen keine Einzelverträge abgeschlossen werden, für alle Beschäftigten muss, der Tarifvertrag des öffentli-

chen Dienstes gelten.

- Die Oberbürgermeisterin droht mit Outsourcing gegenüber Personalräten, wenn nicht Lohnkürzungen zugestimmt wird. Das verurteilt Die LINKE.
- Keine Beschäftigung von Leiharbeitnehmern.
- Reduzierung der befristeten Beschäftigungsverhältnisse.

Die Stadt Würzburg, hat eine Vorbildfunktion bei den Beschäftigungsverhältnissen.

### **Wohnen ist Menschenrecht**

Wir wollen bezahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen! Keine Privatisierungen! Keine

Luxussanierungen! Alteingesessene Mieter dürfen nicht verdrängt werden. Familienfreundliches Wohnumfeld muss geschaffen werden, wie z.B.durch die Einführung von Spielstraßen. Die Bürger müssen in Entscheidungen über ihren Stadtteil mit einbezogen werden.

## **Bildung**

### **Unsere schulpolitischen Ziele in Würzburg**

Wir setzen uns ein im Stadtrat für Chancengleichheit durch individuelle Förderung statt verfehlte, frühe Auslese im dreigliedrigen Schulsystem.

Die begonnene Einführung von Grundschulklassen mit zwei Jahrgangsstufen an Schulen in der Stadt Würzburg müssen kritisch überprüft werden. Kein zurück in die Dorfschule von 1900. Es gilt pädagogische Konzepte zu entwickeln und wissenschaftlich begleiten zu lassen, sowie die Vorbereitung und Fortbildung der beteiligten Lehrkräfte bewerkstelligen.

Kulturelle und musische Förderung (z.B. Erlernen eines Musikinstrumentes) möchten wir verstärkt in die schulische Bildung einbinden. Die Beschäftigung von zusätzlichen pädagogischen Kräften zur Betreuung während des Un-

terrichts und bei den Hausaufgaben ist nötig. Sie darf aber nicht bei dem derzeitigen Konzept der Marke "Billig" mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen oder Honoraraufträgen bei Bildungsträgern von außerhalb der Schulen stehenbleiben.

Nach Jahren des Stillstands und der im besten Fall bloßen Substanzerhaltung müssen die Schulen umgehend saniert werden. Der Bedarf an modernen Räumlichkeiten in Schulen, für bessere materielle Ausstattung beim Lernen ist groß. Deshalb muss hier eine Bestandsaufnahme gemacht werden, die den Bedarf ermittelt. Was jetzt nicht in Bildung investiert wird, müssen nachfolgende Generationen teuer bezahlen.

### **Mozartareal für schulische Zwecke erhalten**

Die Linke Würzburg tritt für eine Denkpause bezüglich der Nutzung des Areals des Mozartgebäudes ein. In der Stadt stehen bereits viele Geschäfte leer. Das zeigt dass kein Bedarf an weiteren Verkaufsflächen besteht. Dagegen sind freie Plätze in Würzburg mit seiner Kessel-lage ein sehr rares Gut. Ohne Not dürfen keine weiteren Plätze und Flächen verbaut werden. Daher lehnen wir die voreiligen Pläne der derzeitigen Mehrheit des Stadtrats zur Schaffung eines neuen Einkaufszentrums ab.

Öffentliche „Filetstücke“ der Stadtplanung werden in Würzburg ohne breite öffentliche Meinungsbildung an teilweise unseriöse Investoren schnell vergeben oder sollen verkauft werden. Beispiele sind der noch immer unfertige Hotel-turm in der Schweinfurter Straße, die Planungspleite im Bahnhofsareal mit den MFI-Arcaden. Der Bau des "Petrini-Baus", ist ein Schlilddbürgerstreich, damit existiert der Markplatz nicht mehr und die freie Sicht auf die Festung ist verbaut.

### **Links wirkt**

Der kürzlich gegründete Schulfonds geht auf ein Initiative der LINKEN Würzburg zurück. Unsere Initiative zur Linderung sozialer Härten

wurde von den Stadtratsfraktionen aufgegriffen und in Anfängen auf den Weg gebracht. Wir möchten im Stadtrat diesen Fond ausbauen und erweitern und Familien mit geringem Erwerbseinkommen einbeziehen (Wohngeldbemessungsgrenze). Bezugs-gutscheine für Leistungen aus dem Schulfonds sind diskriminierend.

### **Kindergärten und Hort**

Die Öffnungszeiten müssen sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren und nicht umgekehrt.

Die LINKE setzt sich auf Bundes- und Landesebene für kostenfreien Besuch ein. Bis dahin, wollen wir eine soziale Staffelung der Beiträge in Würzburg durchsetzen.

## **Jugend**

### **Perspektiven geben**

Es sind schwere Zeiten für Jugendliche. Ausbildungsplätze fehlen, der Druck ist enorm und der Frust auch. Deshalb ist der Erhalt von Jugendzentren und die Förderung extrem wichtig. Nicht nur aus ethischen Gründen. Nicht abgebauter Frust entlädt sich in Vandalismus.

Jugendliche können eine Stütze der Gesellschaft werden, aber wenn sie keine Chance bekommen und sie »es nicht schaffen« sind sie vielleicht die Probleme von morgen.

Die Jugendarbeit, auch in Verbänden, muss unterstützt und ausgebaut werden! Geld für Förderung und Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft.

Wir möchten einen Ausbildungsverbund der städtischen Betriebe anstoßen, um zusätzliche Ausbildungsplätze einzurichten.

### **Eine zweite Chance geben – nicht die Zukunft verbauen**

Fehler werden gemacht. Jugendliche brauchen Ansprechpartner, die sie auch akzeptieren können. Hier können sogenannte »Streetworker«

helfen, die dort hingehen wo die Jugend ist – anstatt des Ordnungsdienstes.

### **Der Jugend Freiräume geben**

Jugendliche wollen sich nicht bevormunden lassen und haben rebellische Phasen. Früher waren dies Streiche – heute droht oft der Knast oder hohe Geldstrafe bei Dummheiten. Die Kriminalisierung von Jugendlichen wegen Bagatellen ist der falsche Weg.

Zu diesen Freiräumen gehören auch Jugendzentren (Cafe Kaio, B-Hof ..) mit Ihren Angeboten, aber auch Clubs (»L«, »Immerhin« ...) Hier kann Jugend gemeinsam planen, organisieren und veranstalten. Diese Räume müssen unbedingt in gleicher Art erhalten werden!

Bands brauchen Proberäume, Künstler Ateliers – das ist nicht neu. Wir wollen erreichen dass leere Räume wiederbelebt werden. (→ siehe Kultur)

### **Graffiti**

Es müssen Flächen für Graffiti-Sprayer freigegeben werden. Wenn man keine Alternativen anbietet, darf man sich nicht wundern, wenn sich der Kreativitätsdrang der jungen Künstler sich selbst freie Flächen sucht.

In der Stadt gibt es viele nackte Wände an Zweckbauten die wirklich hässlich sind. Da können Graffiti-Künstler helfen unsere Stadt schöner zu machen und verdienen Unterstützung statt Verfolgung.

### **Skater**

Auch hier verfolgt die Stadt Jugendliche. Auf Plätzen, meist mit Treppen, treffen sich die skateboardfahrende Jugend und übt. Das ist vielen ein Dorn im Auge. Mit der Sicherheitsatzung und den Aufpassern in Uniform hat man nun auch die Instrumente um sie zu vertreiben. Aber wohin? Das Geld für einen Zaun auf dem Mainkai, den keiner brauchte und keiner wollte, hätte man gehabt, für Skaterbahnen dagegen nicht.

Das ist ein Armutszeugnis für Würzburg. Kleine Orte wie Margetshöchheim und Zell tun etwas für die Jugend und leisten sich das.

Beginnend mit der Innenstadt, der Zellerau und Heuchhof fordern wir, das Zug um Zug Möglichkeiten für Skater geschaffen werden.

## **Ausbildung / betriebliche Ausbildungsplätze**

Ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot von Ausbildungsstellen für Schulabgänger besonders von Hauptschulen ist in der Stadt Würzburg und in der Region noch längst nicht gewährleistet. Die Chancen von Entlassschülern auf eine Lehrstelle sind trotz vollmundiger, geschlossener und medienwirksam publizierter Ausbildungspakte gerade für benachteiligte Jugendliche und solche mit Migrationshintergrund nur geringfügig gestiegen. Das aber auch nur aufgrund der Tatsache, dass die Jahrgänge der Schulabgänger zahlenmäßig immer kleiner werden. Der Lehrstellenmangel ist noch längst nicht abgeholfen, denn viele Schulabgänger aus vergangenen Jahren sind noch immer ohne Lehrstelle. Die Situation der Entlassschüler aus Hauptschulen auf dem Ausbildungsmarkt bezeichnete ein Würzburger Rektor einer Hauptschule öffentlich als „Desaster“. Wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist, genügend Ausbildungsplätze bereit zu stellen, dann ist die Politik gefordert, dem ab zu helfen.

## **Für jeden Schulabgänger eine passende, qualitätvolle Ausbildungsstelle**

Die Stadt Würzburg muss gemeinsam mit dem Landkreis, durch folgende Maßnahmen die Ausbildungsplatzmiserie überwinden.

Die Ausbildungsplätze in den städtischen Eigenbetrieben und der Verwaltung erhöhen. Betriebe die nicht ausbilden, von der Auftragsvergabe ausschließen. Überbetriebliche Einrichtung zur Berufsausbildung fördern bzw. errichten. In einer Zusammenarbeit mit Betrieben, dem Landkreis und der Bundesagentur für

Arbeit, ist die Anzahl der Ausbildungsplätze auch durch Ausbildungsringe zu erhöhen.

## **Keine Förderung von sogenannten Warteschleifen.**

DIE LINKE in der Stadt strebt an: Gewährleistung eines flächendeckenden und auswahlfähigen Ausbildungsplatzangebotes. Modellprojekte wie „Fit für die Ausbildung“ müssen Regelcharakter bekommen und an jeder Würzburger Hauptschule in Zukunft im Angebot sein.

DIE LINKE in Würzburg will den Ausbau der Hochschulen in der Universitätstadt vorantreiben.

Den Bau der FH im Alandsgrund lehnen wir ab. Durch das frei werden der US-Kasernen, steht genügend erschlossene Fläche zu Verfügung die qualifiziert genutzt werden muss.

## **Für mehr präventive Jugendhilfe und Förderung der Jugendkultur**

DIE LINKE fordert auf, die finanziellen und personellen Möglichkeiten der außerschulischen Jugendarbeit zu stärken und wieder vermehrt in der Handlungsfelder in der Kinder- und Jugendhilfe präventiv zu arbeiten

Wir möchten zusammen mit Schülerinitiativen, Politik, Schule, Eltern und anderen die Einrichtung eines Würzburger Kinder-/Jugendparlamentes wie in anderen Städten auch auf den Weg bringen und damit frühzeitig Beteiligung an demokratischen Meinungsbildungsprozessen fördern, Interesse für die demokratische Kultur in der Stadt Würzburg wecken und Kinder und Jugendliche an politisches Handeln und gesellschaftliche Beteiligung heranführen.

Die Jugendzentren sind auszubauen. Weder der Bechtolsheimer Hof noch das Cafe Cairo dürfen geschlossen werden.

## **Kunst und Kultur**

### **Arme reiche Stadt Würzburg**

Die Mittel für Kultur wurden seit Jahren ge-

kürzt. Über die Verteilung wird gestritten. Ein großer Teil der vielfältigen Kulturangebote wird von freien Trägern ohne, oder minimaler Unterstützung der Stadt organisiert. Würzburg hat ein reiches Kulturleben - künstlerische Initiativen, Bands und Orchester, Theater und KünstlerInnen aller Art. Dies ist vor allem den vielen Aktiven, die viel Energie, Zeit und oft auch eigene Mittel einsetzen, zu verdanken die mit Herzblut dahinter stehen. Sie verdienen Dank und Anerkennung und sollen statt der „Honoratioren“ der Stadt im Rampenlicht stehen.

### Kultur und Kunst (K&K) braucht

- Frei-Räume, ganz praktisch und im übertragenen Sinne
- ideelle und organisatorische Unterstützung
- materielle Unterstützung, die auch Planungssicherheit gibt

Es ist sinnvoller - und billiger - auf dem in der Kulturszene bereits vorhandenen Engagement, der Phantasie und Energie aufzubauen, als mit hohem Mittelaufwand prestigeträchtige Einzelprojekte umzusetzen.

### Kultur in „Tote Räume“ bringen

Unterstützung durch die Stadt muss nicht immer Geld heißen. „Tote Räume“ kann man zugänglich machen. Die Leerstände in der Stadt bieten viel Raum für Kreativität. Wir werden uns dafür einsetzen, dass leerstehende Räume für Kunst & Kultur geöffnet werden.

### Kreativität ist auch bei der Stadtverwaltung gefragt

Kultur kann auch Gewinn abwerfen. Das zeigte unter anderem die Riemenschneiderausstellung, die, da die Stadt kein Interesse hatte, privat organisiert wurde. Einnahmen aus Kulturveranstaltungen können, wenn das Management stimmt, dazu beitragen den Stadtsäckel zu entlasten und dennoch Kultur besser fördern.

## Kunst und Kulturforum

Ein für alle offenes Kunst- und Kulturforum soll den Austausch innerhalb der Kulturszene ermöglichen, Ideen zu entwickeln und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Daneben kommt diesem Forum eine Scharnierfunktion zu Unterstützern aus Politik, Bürgerschaft und Wirtschaft zu. Kreativität, Energie und Mittel zusammenzubringen, sehen wir als eine vorrangige Aufgabe eines Kulturreferenten.

Die Weiterentwicklung der Würzburger Theatertage bietet Chancen. Zur Plattform für alle Theateraktivitäten in Würzburg erweitert, steigt die Attraktivität des Programms für Würzburger und Gäste.

## Stadtkultur - Alle Einladen

Zur Kultur in der Stadt gehören Alle - die Bürger, die Gäste, Schulen, Fach- und Berufsschulen, die Universität, Kindergärten, Vereine und Verbände, aber auch das örtliche Gewerbe und die Industrie. Bei Stadtfesten und Stadt-Jubiläen sollen alle „Würzburgerinnen und Würzburger“ eingeladen werden, eigene Beiträge zu gestalten und umzusetzen. Ziel ist ein buntes Programm vieler Bürger und das Gefühl „Das ist meine Stadt“ zu erreichen.

Zur Kultur in der Stadt gehören auch schöne Plätze zum Verweilen und der Straßenmusiker, der nicht gleich vertrieben wird.

## Wege aus der Misere

- Erstellung einer Bestandsaufnahme
- Teure Prestige-Veranstaltungen müssen kritisch auf die Notwendigkeit hinterfragt werden
- Projekte der Stadtverschandelung wie den Zaun auf dem Mainkai gar nicht erst beginnen
- Bestehende Einnahmequellen stärken Sozialtickets für das Stadttheater können die Einnahmen erhöhen
- Neue Einnahmemöglichkeiten erschließen

Ben

Die Stadt kann eine wichtige Vermittlerrolle zur Wirtschaft übernehmen und kann als Veranstalter auftreten

- Offenheit und Schaffung von Freiräumen für Kultur und Leben in der Stadt
- Öffentliche Räume und Einrichtungen für Kultur öffnen
- Öffentliche Plätze erhalten und zu soziokulturellen Stätten umgestalten für Einheimische und Gäste, Jung und Alt, Kunst und Kultur

Mit Mut, Phantasie und dem notwendigen politischen Willen kann man Projekte anstoßen die die Stadt weiterbringen.

## Mobil sein – Wichtig für Alle

Würzburg ist durch die Kessellage besonders von Luftverschmutzung (auch durch den Feinstaub) betroffen. Am härtesten trifft es diejenigen Menschen, die an Durchgangsstraßen (z. B. am Stadtring) wohnen und es sich nicht leisten können, an einen anderen Ort zu ziehen.

Wir brauchen ein nachhaltiges Verkehrskonzept, das die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen berücksichtigt, damit auch nachkommende Generationen eine lebenswerte Stadt vorfinden.

Dazu gehören auch Maßnahmen der Luftreinhaltung für die gesamte Region.

Ein wichtiger Schlüssel für die Lösung der Verkehrs- und Umweltprobleme liegt in einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr (kurz ÖPNV).

### Kurze Wege – gute Anbindung:

Schon in der Stadtplanung werden die Weichen gestellt. Gewerbegebiete ohne ausreichenden ÖPNV-Anschluss, wie das Gewerbegebiet Ost, führen zwangsläufig zu mehr Verkehr. Wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten reduzieren den Verkehr.

Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete an der

Stadtgrenze ist auch aus verkehrspolitischen Erwägungen zu vermeiden. Wenn Gewerbegebiete ausgewiesen werden, ist die ordentliche Anbindung an den ÖPNV Voraussetzung.

Der Individualverkehr – vom Fahrrad bis zum Auto, darf dabei nicht vernachlässigt werden. Staus kann man auch „planen“. Zur Planung gehören auf jeden Fall auch die Parkmöglichkeiten.

## Umfassendes Verkehrskonzept

Global denken – Lokal handeln !

Busse müssen auf Erdgasantrieb oder klimaneutrale Antriebssysteme umgerüstet werden.

Der ÖPNV muss attraktiver und gerade für Familien und sozial schwache preisgünstiger werden, deshalb fordern wir :

Die Einführung eines Sozialtickets in Höhe von 18 Euro (siehe Sozialticket)

### Verkehrsverbund Franken - Schluss mit dem Inseldasein

Ein erster Schritt zum Verbund wurde getan – weitere müssen folgen.

Der VVM stellt noch eine, nun etwas größere Insel dar. Wir möchten den Würzburger ÖPNV in einen Nordbayerischen Verkehrsverbund einbetten und Brücken zu anderen Verbänden schlagen. Ein abgestimmtes Tarifkonzept, die Abstimmung der Fahrpläne und neue Verbundangebote machen das Angebot attraktiver. Mit steigenden Nutzerzahlen steigt dann auch die Rentabilität jedes Einzelnetzes. Um dies zu erreichen müssen zielgerichtet Verhandlungen mit umliegenden Kreisen und Städten, bzw. bereits bestehenden Verkehrsverbänden aufgenommen werden.

### Wann und wo fährt der Bus?

Ein verständlicher Gesamtfahrplan mit allen Linien in gedruckter Form für Zuhause gehört unbedingt dazu. Die letzte Auflage für Würzburg erschien vor Jahren. Will man, dass die

Bürger den ÖPNV nutzen, muss man auch mitteilen wann und wo was fährt.

Wenn man heute einen Linienfahrplan aus dem Internet ausdruckt, erhält man für jede Linie einen unübersichtlichen Blätterberg. Die Ausdrucke sind bunt, d.h. teuer im Druck und dennoch unübersichtlich in der Darstellung. Die angebotenen Fahrpläne zum Ausdrucken müssen in einem praktischen, gut lesbaren Format angeboten werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass positive Beispiele aus anderen Städten übernommen werden. Das kostet nicht viel, hilft den Kunden und schont die Umwelt.

*»Qualität ist Respekt vorm Volk.«  
Che Guevara*

### Wo bekomme ich meine Fahrkarte?

- Auch In Bussen- und Straßenbahnen müssen aller gängigen Fahrkarten erhältlich sein, da es an sehr vielen Haltestellen keine Automaten gibt.
- Am Hauptbahnhof, dem zentralen ÖPNV-Knotenpunkt in der Stadt, muss es wieder eine Verkaufsstelle für Fahrscheine geben an der auch Beratung stattfindet. (Touristen, Pendler mit Zeitkarten, Schüler ...)
- Der Verkauf von Fahrkarten soll dem Handel (kleine Geschäfte in der Nähe von Haltestellen) wieder zugänglich gemacht werden.
- VVM (Verkehrsverbund Mainfranken)-Fahrscheine müssen auch bei der Deutschen Bahn AG erwerbbar sein.
- Monatskarten müssen durch die Akzeptanz von 50-Euro-Scheinen erwerbbar sein.
- Die Automaten der WSB müssen kundenfreundlicher werden

- Die Fahrkarte für den Ausbildungsverkehr ist auf jährliche Laufzeit umzustellen.

### Tarife

Wir fordern eine familienfreundliche Fahrkarte zum bisherigen Tarif, die Mobil Standard-Karte (35,50 Euro) muss durch familien- und kinderfreundliche tägliche Mitfahrmöglichkeit von Familienmitgliedern attraktiver werden.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass beim Vergessen der Monats- und Jahreskarte das Vorlegen kostenlos ist. Die gegenwärtige Bearbeitungsgebühr ist ersatzlos zu streichen. In der Regel, werden damit vor allem die Eltern von Kindern bestraft.

### Fahrzeiten und Takte

Die Würzburger Straßenbahn GmbH (nachfolgend: WSB) muss eine verkürzte Fahrtzeit insbesondere in der Innenstadt (Bischofshut) prüfen.

Für die Verbesserung des ÖPNV ist auch eine bessere Vertaktung von Straßenbahn- und Buslinie notwendig. Zudem ist die Taktfrequenz im Kernbereich zu verbessern.

### Verkehrsplanung - Verkehrsvermeidung

Wir setzen uns auch dafür ein, den ausufernden Flächenverbrauch durch Gewerbegebiete, Straßen- und Wohnungsbau deutlich zu verringern.

Neue Gewerbegebiete auf "der grünen Wiese" verdrängen zentrale, wohnraumnahe Läden der Innenstädte und der Stadtteilkern. Es bedarf einer verbesserten Abstimmung mit den Umlandgemeinden auch im Rahmen der Bauleitplanung.

Wir setzen uns gegen eine Autobahn-Westumgehung ein, da sie nicht zuletzt aus finanziellen und ökologischen Gründen unnötig ist. Die derzeit geplanten 380 Millionen Euro sind z. B., durch eine verbesserte Förderung des ÖPNV

und eine Verkehrsverlagerung auf die Schienenwege weitaus sinnvoller einsetzbar, denn bekanntlich ziehen weitere Straßen noch mehr Verkehr an.

### **Lieferverkehr**

Damit der Zulieferverkehr deutlich eingeschränkt wird, fordern wir ein kommunales Frachtzentrum.

Eine Mitfinanzierung aus Landes-, Bundes- und EU-Fördermitteln ist anzustreben.

Es dürfen nur genehmigungspflichtige Lieferfahrzeuge in die Stadt hinein, Sondergenehmigungen sind restriktiv zu erteilen. Das Ziel ist, dass nur "Null-Emission-LKW's" in dem Innenstadtbereich zugelassen sind.

Beispielsweise im bisherigen Leighton Barracks-Areal ist dafür ein Güterverteilzentrum einzurichten, dies ist zugleich ein Anreizprogramm für Null-Emission-Fahrzeuge.

Durch eine entsprechend gefasste Ausschreibung sind derartige Vorgaben zu regeln.

### **Es fehlt ein Park- and Ride-Konzept.**

- Durch eine gute Vertaktung soll es den Bürgerinnen und Bürgern bezahlbar vereinfacht werden, den PKW im Außenstadtbereich stehen lassen zu können.
- Der Viehmarktparkplatz ist für Busse kostenlos bereitzustellen. Das erhöht die Attraktivität als Fremdenverkehrsstadt und entlastet den ÖPNV.
- Bahnhaltedpunkte sind zu sanieren und gegebenenfalls behindertenfreundlich auszubauen.
- Damit wird eine verbesserte Auslastung und Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum erreicht. Somit fließen mehr Regionalisierungsmittel von Bundesebene in den Landeshaushalt.
- Wir sind strikt gegen eine Bahnprivatisierung, sondern für einen verbesserten Regionalverkehr und pünktliche und

preiswerte Anbindungen der Deutschen Bahn AG.

- Eine verbesserte Vertaktung des Fernmit dem Regionalverkehr gehört ebenfalls zu unseren Forderungen.
- Die städtische Parksituation muss überarbeitet werden, dazu bedarf es einer Bestandsaufnahme z. B. in den Bereichen Anwohnerparken, Bewirtschaftung, von zeitlich begrenzten Parkplätzen und der Fahrrad- und Zweiradparkplätze.
- Alle Parkschein-Automaten müssen alle gängigen Münzen annehmen. Parkscheinautomaten müssen auch Geld wechseln können.

### **Würzburg - eine fahrradunfreundliche Stadt.**

Eine verbesserte Wohnortqualität ist auch durch eine verbesserte Raumplanung möglich. Nur wenn die Fahrt mit dem Rad bequem und sicher, aber auch zügig ist, werden auch mehr Menschen auf das Rad umsteigen.

Dazu brauchen wir ein ein deutlich verbessertes Radverkehrswegenetz. Lücken und im Nichts endende Radwege müssen geschlossen werden. Die bestehenden Radwege müssen in brauchbarem Zustand gehalten werden.

In der Innenstadt fehlt es an Abstellmöglichkeiten – in anderen Städten gibt es bereits Beispiele für überdachte Abstellplätze.

Wir möchten gemeinsam mit den Bürgern und den Initiativen ein Verkehrskonzept entwickeln.

## **Schluss mit neoliberalen Experimenten**

### **Öffentliche Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe!**

Von Privatisierung sind die Wasser, Abwasser- und Abfallentsorgung ebenso bedroht wie

Strom, Gas, Wohnen, öffentlicher Personennahverkehr, Sparkassen und kulturelle, sportliche und soziale Angebote, aber auch Friedhöfe sind davon betroffen.

Das Ziel privater Unternehmen ist **möglichst viel Profit zu erzielen** und nicht möglichst guten Service zu günstigen Tarifen, unter Berücksichtigung kommunalpolitischer Ziele und Planungen, anzubieten.

Nicht umsonst hat auch der Landesrechnungshof Bayern vor Finanzierungen wie Public-Private-Partnership gewarnt.

### **Schlechte Erfahrungen bei Privatisierungen**

Bei Post, Telekom, Energiekonzernen und in anderen Kommunen kann man die Folgen sehen. Der Service und zum Teil auch die Qualität werden auf das nötigste reduziert, die Preise steigen und die Löhne sinken. Die britische Bevölkerung trauert immer noch ihrer Staatsbahn nach. Der Service ist heute schlechter, die Schienen sind marode, die Fahrkarten sind teurer, ja sogar die Subventionen aus Steuergeldern, die nun an Privatkonzerne gehen, sind höher als vor der Privatisierung, der Steuerzahler.

### **Der neoliberale Geist in Würzburg**

Als eine der ersten Städte in Deutschland wurden die Würzburger Straßenbahn über ein "Cross-Border-Leasing" für 99 Jahre an einen US-Finanzinvestor verleast. Nach amerikanischem Recht, Gerichtsstandort ist USA, kam dies einem Verkauf gleich. Mit diesen anrüchigen Geschäften wurden in USA Milliarden am Fiskus vorbeigeschleust – einen kleinen Teil davon bekamen die Kommunen in Deutschland ab, wenn sie bereit waren Gebäude oder technische Anlagen für 99 Jahre zu verpfänden. Neue Verträge dieser Art abzuschließen wurde zwischenzeitlich in den USA verboten. Das Risiko für die Restlaufzeit tragen allerdings wir als Bürger. Wie groß das Risiko ist wissen wir nicht, denn die Vertragsbedingungen waren

und sind nicht einsehbar.

Der Lobbisten-Vereinigung "Initiative neue soziale Marktwirtschaft" wurde im letzten Jahr ein großer Bahnhof bereitet. Die Initiative, die maßgeblich vom Arbeitgeberverband "Gesamtmetall" mit 20 Millionen finanziert wird, fordert "Reformen voranzutreiben", singt das hohe Lied der freien Wirtschaft, der Segnungen der Privatisierung und verkündet, dass Leute ohne Arbeit selbst an ihrem Elend schuld sind.

Die »Würzburg AG«, die das Ansehen der Stadt durch kulturelle Großereignisse erhöhen will, möchte die »Stadt wie ein 'Unternehmen'« führen.

### **Würzburger Stadtwerke bereits teilprivatisiert EON-Konzern hält 25%-Anteil**

Die vier Stromriesen, darunter der Eon-Konzern, werden beschuldigt, die Preise an der Strombörse künstlich in die Höhe getrieben zu haben. Das ist der "funktionierende Wettbewerb" der alles regelt in der Realität. Alle Energiekonzerne haben von der Privatisierung und den künstlich hohen Strompreisen profitiert. Die Stromriesen sind - Dank der Monopolstellung kapitalstark. Für den Abbau der Atomkraftwerke mussten und müssen Rücklagen gebildet werden, die wir alle als Stromkunden mit bezahlen. Da es keine Vorgaben über Anlage der Gelder gibt, gingen die Konzerne damit auf Einkaufstour. Die Stadtwerke Würzburg gehörten dazu.

Wir fordern die Rückführung der Stadtwerke in 100% Besitz der Stadt

### **Bertelsmann-Tochter arvato: Privatisierung der Kommunalverwaltungen**

Der Konzern arbeitet hieran schon seit langer Zeit. Über seine vielfältigen Medienbeteiligungen (RTL, Gruner+Jahr, Stern u.a.) ist der Konzern in der Lage "öffentliche Meinung" mit Argumenten für seine Ziele zu beeinflussen. Ideo-

logischer Wegbereiter ist seit Jahren unter anderem die Bertelsmannstiftung. Es werden Studien und Umfragen durchgeführt die die Ziele des Konzerns unterstützen und durch die Stiftung den Hauch der Seriosität erhalten sollen. Journalisten und Politiker werden "informiert", mit Argumenten versorgt und bei Seminaren von den "Vorteilen der Privatisierung" überzeugt. Das Ziel ist das Umfeld und das politische Klima für die geschäftlichen Transaktionen des Konzerns zu schaffen. Mit sogenannten Ratings und gesteuerten Umfragen, werden vermeintliche Daten als Begründung herangeführt. Über die Stiftung spart man dann sogar noch Steuern, die man für die profitbringende Lobbyarbeit einsetzen kann. Das Ergebnis dieser langjährigen Arbeit ist "Würzburg integriert". (Buchtip: „Bertelsmann – Netzwerk der Macht“)

Die Gewerkschaft ver.di hat sich auf ihrem Bundeskongress 2007 gegen die Zusammenarbeit mit arvato-Bertelsmann ausgesprochen.

### **In Großbritannien betreibt arvato für Kommunen bereits Bürgerbüros**

Im Kreis East-Riding, in Großbritannien ist arvato schon länger aktiv. Dies war der Einstieg in den britischen Markt "Kommunalverwaltung". Man übernahm dort neben der Organisation des Datenmanagements sogar das Personal der Kommune und betreibt dort auch die Bürgerbüros.

### **Bertelsmanngruppe steigt ein in die »Würzburg AG«**

Das Projekt »Würzburg integriert« ist der Einstieg des Bertelsmannkonzern in die Privatisierung von Kommunalverwaltungen auch in Deutschland. Würzburg ist die erste, und bisher einzige Stadt, die sich darauf eingelassen hat. Folgerichtig verlieh man der Stadt auch den »Innovationspreis PPP 2007«. Für Demokraten ist das ein Anti-Preis, sagt er doch nichts anderes aus, dass ein weiteres Stück demokratische Kontrolle und Selbstverwaltung geopfert wurde. Andere Städte versucht man

bereits mit dem »Würzburger Modell« zu fördern. Arvato selbst wirbt damit, dass dies ein Modell für ganz Europa ist.

### **Was ist »Würzburg integriert«?**

Die Stadt Würzburg und ihre Oberbürgermeisterin stellen es so dar, als ob nur eine neue Software für die Stadtverwaltung eingeführt würde. Arvato-Bertelsmann soll eine die verschiedenen Computeranwendungen der Stadt zu einer gemeinsamen Plattform zusammenführen.

Das heißt arvato stellt die Computertechnik und programmiert die Computer auch, die zur Vernetzung der bestehenden Fachanwendungen (Hundesteuer, Zulassungsstelle ...) verwendet werden. Die Vorstellung ist, dass von einem Rechner des im Umbau befindlichen Bürgerbüros, alle Anwendungen zugänglich sind und ggf. Daten automatisch in allen Anwendungen geändert werden.

Eine Internetschnittstelle zur Selbsteingabe der Daten ist ebenfalls vorgesehen. Alles das soll 75 Arbeitsplätze bei der Stadt überflüssig machen. In nicht offengelegter Weise ist die Vergütung arvatos ausschließlich von der Höhe der Rationalisierung abhängig. Das Projekt ist auf 10 Jahre angelegt.

Nach Ablauf des Vertrages bleiben die Quelldaten im Besitz von arvato, somit ist die Stadt Würzburg abhängig von arvato über die 10 Jahre hinaus.

Nach dem Vertragsende mit ‚arvato government services‘ im Jahr 2016 wird die Stadt jährlich 0,36 Millionen Euro in das System investieren und gleichzeitig 4,4 Millionen Euro einsparen", sagte Schmitt." Wie man im Main-Rhein am 1.12.2007 lesen konnte.

Das ist kartellrechtlich fragwürdig, wie sich in der Vergangenheit bei Microsoft gezeigt hat.

Dass arvato den Bürger als Zukunft als „Kunden“ behandeln will, zeigt auf, welche Absichten sie haben. Das Verhältnis Bürger zu Verwaltung ist eine Errungenschaft der bürgerlichen Demokratie.

Wie sich arvato die Organisation einer kom-

munalen Verwaltung vorstellt, macht die Aussage des Geschäftsleiter von arvato government services Christoph Baron in »Promotion Buisness« vom 10.12.07 deutlich:

*»Diese Neugestaltung der Verwaltungsstrukturen lässt sich in etwa mit der Fertigungsstraße in der Automobilproduktion vergleichen, bei der jeder Arbeitsschritt Teil eines integrativen Prozesses ist.«*

Die Verwaltungsbeschäftigten sind dann Fließbandarbeiter und die Bürger Autos.

Der mögliche Ermessensspielraum der Verwaltung ist nicht mehr gegeben. Rechtliche Entscheidungen werden dann von einer Software getroffen, daß widerspricht dem Rechtsstaat, wie wir ihn heute haben.

### **Zusammenarbeit mit der Uni-Würzburg**

Das Projekt wird auch Unterstützt vom Prof. Reiner Thome. Dieser ist vor allem dadurch bekannt, dass er sich für Studiengebühren ausspricht und die neoliberalen Modelle, wie Privatisierungen und Puplic-Privat-Partnership in seinen Vorlesungen anpreist.

### **Würzburg integriert: Vertragsbedingungen sind geheim**

Die Linke fordert die Offenlegung des Vertrages zwischen Stadt Würzburg und Arvato, so wie aller dazugehörigen Nebenverträge. arvato, die auch Adresshandel betreiben, erhalten Zugang zu den Daten aller Würzburger Bürger. Das ist ein so schwerwiegender Eingriff, dass der Vertrag und die Bedingungen zwingend offengelegt werden müssen. Die Verweigerung möglicherweise belastbare Informationen zugänglich zu machen weckt Misstrauen.

### **Würzburg integriert: Die Stadt hat nicht mehr das Sagen**

Bei Änderungswünschen bei den Arbeitsverfahren müssen die gewählten Vertreter der Stadt künftig mit dem Bertelsmann-Konzern verhandeln. Kann mit arvato-Bertelsmann keine Einigung erzielt werden, entscheidet nicht mehr der Stadtrat oder der gewählte Oberbürgermeister, sondern ein ominöser "Schieds-

richter". Der Vertrag ist, wie Frau Beckmann in einem Antwort-Schreiben hinwies, vertraulich. Einsehen darf man ihn nicht. Auch das Stadt-ratsprotokoll über den Beschluss darf man nicht einsehen.

### **Würzburg integriert: Was wird mit den Einsparungen?**

*"Für die Bürger allerdings wird der Gang zum Rathaus auch in Zukunft nicht billiger: Die Gebühren muss er nach wie vor bezahlen, sagt Beckmann. "Amtshandlungen finden ja trotzdem statt.""* Spiegel-Online 12.5.07

Die Darstellung, dass dies der Stadt Würzburg nichts kostet ist falsch. Die ca. 26 Millionen geplanten Einsparungen müssen von den Bürgern und den Beschäftigten aufgebracht werden.

Arvato ist ein auf maximalen Profit ausgerichtetes Unternehmen und keine karitative Einrichtung.

Die 26 Millionen setzen sich wie folgt zusammen: ca 6 Millionen sind Projektkosten, ca.10 Millionen für Arvato als Profit und 10 Millionen sollen der Stadt Würzburg zu gute kommen.

Dass es keine eindeutigen Zahlen gibt, ist der Geheimhaltung geschuldet. Die Zahlenangaben der Stadt Würzburg und arvato, werden in den Medien unterschiedlich widergegeben. Die Stadt Würzburg, brachte in einem Schreiben an Herrn Grünwedel, auch eine neue Berechnung ein, ob es sich bei den Beträgen um mit oder ohne Mehrwertsteuer handelt, immerhin 19%.

Das bedeutet, dass man die Projektkosten von ca. 6 Millionen, ca. 2,5 mal bezahlt. Das entspricht einem Profit von 150%. Jede Form der Fremdfinanzierung würde billiger sein, bei einem üblichen Zinssatz von 6% auf 6 Millionen Investitionskosten, würden an Zinsen nur 3,6 Millionen anfallen in 10 Jahren. Die Stadt hätte damit 6,4 Millionen Euro mehr.

Dabei ist die Gesamtsumme vom ersten Tag angesetzt, und keine Rückzahlung berücksich-

tigt, so dass die Zinskosten erheblich niedriger ausfallen würden.

Die durch den Wegfall der Arbeitsplätze zusätzlich anfallenden Sozialen Kosten bleiben dabei unberücksichtigt. Denn jede Vernichtung von Arbeitsplätzen erhöht die Arbeitslosenzahl.

Hinzu kommen noch die Auswirkungen, des Verlust an Kaufkraft, durch die Abführung von ca. 10 Millionen an Arvato.

### **Weitere Knackpunkte des Projekts „Würzburg integriert“**

Es ist absehbar, dass mehr Verwaltungsarbeit auf die Bürgerinnen und Bürger verlagert wird, auch Gewerbetreibende werden dies nach einiger Zeit zu spüren bekommen.

Durch den Zugriff auf alle Daten der Stadt Würzburg, werden weitere Privatisierungen vorbereitet, das ist das Ziel der Bertelsmannstiftung .

Der Zugang eines Konzerns, der auch im Adresshandel tätig ist, auf alle Bürgerdaten ist ein Skandal und muss unterbunden werden. Die Kosten für die räumlichen Voraussetzungen trägt die Stadt, alleine – bis heute sind das 700.000 Euro.

Es ist von einer Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten der Stadtverwaltung auszugehen.

Das Ziel von arvato ist es, die Beschäftigten der Verwaltung zu übernehmen, wie man Pressemeldungen von Arvato entnehmen kann.

Die Darstellung, dass man die Kfz-Zulassung daheim vom PC machen kann, ist falsch oder kommen dann, um nur ein Beispiel zu nennen, die Kfz-Kennzeichen aus dem heimischen Drucker mit dem Fahrzeugbrief und Fahrzeugschein?

Das zeigt auf, dass man andere Interessen verfolgt als die vorgegebenen.

Seit Jahren wird behauptet, dass man eine papierlose Verwaltung mit der Einführung der Datenverarbeitung erreichen will, doch genau das Gegenteil ist eingetroffen.

Dass durch die normalen Abgänge des Personals, der Stellenabbau sozial verträglich gestaltet wird, ist nur schwer vorstellbar. Es würde voraussetzen, dass jede Stelle miteinander austauschbar ist, doch das ist nicht der Fall.

### **Welche Bereiche sind betroffen?**

Es betrifft alle Bereiche der Stadt Würzburg, von der Kernverwaltung über die Friedhofsverwaltung bis zum Gartenamt und die städtischen Eigenbetriebe.

**Privatisierung stoppen – die Stadt gehört den Bürgern, nicht den Konzernen**

### **Handlungsspielräume für die Zukunft erhalten**

- Weitere Projekte mit Privatinvestoren wie Puplic-Privat-Partnership sind abzulehnen. Nicht nur weil sie zu teuer sind, sondern auch eine demokratische Kontrolle unmöglich machen.
- Öffentliche Daseinsvorsorge, muss transparent und demokratisch organisiert sein. Öffentliche Belange haben Vorrang vor privatem Profitinteresse.
- Selbstverwaltung der Stadt erhalten
- Kein Verkauf städtischer Wohnungen
- Keine Privatisierung von stadteigenen Unternehmen Öffentliche Daseinsvorsorge zu 100% in öffentlicher Hand behalten
- Verträge, die Kernaufgaben der Kommunen an Dritte übertragen, müssen offengelegt werden!
- Keine Privatisierung der Sparkasse

## Handlungsspielräume zurückgewinnen

- Ausstieg aus dem arvato-Vertrag
- Annullierung des 99-Jahre-Leasing-Vertrags für die Straßenbahnnetzes
- Rückführung der Stadtwerke in einen städtischen Eigenbetrieb  
Der 25% Anteil von EON ist wieder rückgängig zu machen  
Die Stadtwerke müssen ihre volle Unabhängigkeit zurückerhalten

Würzburg darf nicht zum Experimentierfeld neoliberaler Politik werden.

Wir wollen für neoliberale Bertelsmänner nicht Versuchslabor sein. E-Government darf nicht Profitinteressen untergeordnet werden.

Stattdessen E-Demokratie: öffentlich und transparent

## Gläsernes Rathaus – Nah am Bürger

### Keine Geheimverträge bei Demokratieabbau

Werden Kernaufgaben der Verwaltung oder der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Verträge der vollständigen Kontrolle durch demokratisch gewählte Vertreter entzogen, fordern wir die grundsätzliche Offenlegung der Vertragsbedingungen. Die Geschäftsordnung muss entsprechend geändert werden.

### Nicht über die Bürger, mit den Bürgern

#### eGovernment – Transparenz durch Internet

Will man sich als Bürger auf den Internetseiten

der Stadt kundig machen, fallen die Mängel auf. Nach demokratischen Grundverständnis selbstverständliche Informationen wie Stadtrats- oder Ausschussprotokolle sucht man in Würzburg vergebens.

Doch mit viel Geld wurde der neue Internetauftritt beworben. Das ist für eine Kommune einzigartig. Wenn es um soziale Forderungen geht ist kein Geld vorhanden, abergenug für Werbung für die eingetragene Internetseite.

Der Internetauftritt der Stadt schneidet im Vergleich zu anderen nicht gut ab. Für solche Verbesserungen braucht man allerdings keinen Konzern, das kann man auch mit Kompetenz vor Ort lösen. Bereits im Mai forderte DIE LINKE die Oberbürgermeisterin Pia Beckmann dazu auf, diesem Missstand abzuwehren.

Die neue Plattform im Internet ist jetzt noch benutzerunfreundlicher wie vorher. Der Internetauftritt, entspricht dem einer kommerziellen Firma und nicht einer bürgerfreundlichen Stadtverwaltung.

**E-Government (Bürgerservice über das Internet) muss auch als Mittel der demokratischen Bürgerbeteiligung und zur umfassenden aktuellen Information genutzt werden!**

Um alle Bürger einzubeziehen müssen diese Informationen auch Bürgern ohne eigenen Internetzugang zugänglich gemacht werden.

### Schon im Planungsstadium informieren und Bürger beteiligen

Bei Plänen und Maßnahmen muss den Bürgern bereits im Vorfeld die Möglichkeit der Beteiligung gegeben werden. Entscheidungen die von den Bürgern nicht mehrheitlich mitgetragen werden, müssen dann später zurückgenommen werden (Arcaden/Zaubau auf dem Mainkai..)

Das kommt Würzburg teuer.

### Einrichtung von Zukunftswerkstätten – Vernetzt Denken

Jede Maßnahme hat vielfältige Auswirkung auf andere Bereiche die auch wieder zurückwirken. Einfaches Denken – eine Ursache, eine Lösung

- führen zwangsläufig nur zu neuen Problemen. Nach dem Vorbild von Frederic Vesters, deshalb müssen Konzepte und Lösungen schon in einem frühen Stadium gemeinsam mit allen betroffenen und interessierten Gruppen erarbeitet werden. Dabei sind auch die Folgen für die Zukunft und die künftigen Handlungsspielräume zu berücksichtigen. Nur so werden Fehler und die damit verbundenen Mehrkosten minimiert.

Als Themen für Würzburg drängen sich auf:

Verkehr, Leerstände, Bauruinen, lebendige Innenstadt ...

Eine umfassende Bestandsaufnahme und daraus folgend ein Gesamtkonzept ist notwendig!

Vorhandenes Wissen und vorhandene Ressourcen müssen miteinbezogen werden: Fachhochschule, Universität, Schulen sowie und örtliche Verbände und Organisationen

Die Verfolgung von Einzelinteressen durch Lobbyisten werden durch ein solches Verfahren eingedämmt

## Zukunft nicht verbauen

### Öffentlicher Raum ist wertvoll

Würzburg hat eine Kessellage. Das heißt, freie Flächen sind Mangelware. Die Leerstände bei Gewerbeimmobilien im Stadtgebiet sind hoch – Schilder mit „zu vermieten“ oder „zu verkaufen“ muss man nicht lange suchen. Freiflächen auf denen man städteplanerisch wichtige Projekte zu Verkehr und Stadtplanung umgesetzt werden können sind knapp. Viele Möglichkeiten wurden auf Grund fehlender Planung bereits in der Vergangenheit verbaut und die Chance ein vernünftiges Park&Ride-Konzept mit Weitblick umzusetzen hat man vertan. Die heutige Verkehrssituation ist das Ergebnis.

Mit jeder Baumaßnahme wird der Spielraum für Stadtplanung in der Zukunft geringer. Mit dem knappen Gut „freier Raum“ muss äußerst sorgsam umgegangen werden.

### Deshalb, Nein zum Mozartareal

Das Mozartareal, bei dem der Kardinal-Faulhaberplatz überbaut würde, ist nicht dringend notwendig. Die hohen Leerstände beweisen dies. Hier muss der Gestaltungsspielraum für die Zukunft Vorrang haben.

### Schöne Plätze – Bänke statt Banken

Großzüge Grün- und Freiflächen, gerade im Innenstadtbereich, sind für eine Stadt die auf Tourismus setzt, aber auch für das kulturelle Leben in der Stadt unverzichtbar. Aber auch hier gehen uns immer mehr wertvolle (nicht nur im Geldsinn) Flächen gehen verloren.

Schöne Plätze, auf denen man sich auch ohne Konsumzwang, vielleicht unter einem schattigen Baum, setzen kann sind Mangelware. Neidisch schaut man da auf die Bamberger Innenstadt. Ältere Mitbürger, die im Sommer ein einige Zeit an einem Platz verweilen möchten oder sich bei einem Spaziergang zwischendurch ausruhen möchten, haben es sehr schwer in der Stadt. Ruhige Oasen sucht man vergeblich. Beim Marktplatz hat man die Chance vertan. Beim Mozartareal ist es noch nicht zu spät.

## Freiheit stirbt mit Sicherheit – und Kultur auch

- Sicherheit ist Lebensqualität – Aber keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit!
- Streetworker statt schwarzer Sheriffs
- Einstellung der Videoüberwachung
- Einstellung der systematischen, rassistischen Kontrollen am Bahnhof

### Grundgesetz unter Beschuss

Aufmerksame Bürger verfolgen den kontinuierlichen Abbau der Grund- und Bürgerrechte mit Entsetzen. Mit dem Schlagwort „Kampf gegen

den Terror“ wird ein Grundrecht nach dem anderen gebeugt oder verstümmelt.

Statt die Wurzeln der Probleme anzugehen, wird auf Repression und Überwachung gesetzt.

Doch eines ist klar: **Es gibt keine Sicherheit ohne soziale Sicherheit!**

## Würzburger Sicherheitssatzung

„Würzburg macht Spass“ ist der Spruch für Plakate und Prospekte. Allerdings sieht die Praxis anders aus. In Würzburg sind die Sicherheits- und Ordnungsfanatiker am Werk. Die Sicherheitssatzung wurde in einigen Punkten verschärft. Nach unserer Ansicht verstößt sie auch gegen das Grundgesetz.

Wir wollen eine lebendige Stadt, in der die Bürger nicht gegängelt und bevormundet werden. In der Spaß, aber auch bürgerliches und politisches Engagement nicht unzulässig eingeschränkt oder gar verboten sind.

Würzburg gehört den Bürgern – Die Stadt ist für Alle da

Wir fordern die Rücknahme der unzulässigen Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens in der Sicherheitssatzung!

Mit einigen Zitaten möchten wir den Geist dieser 2005 neu verabschiedeten Sicherheitssatzung aufzeigen.

## Kultur- und demokratiefeindlich

### §4 Sicherheitsverordnung

(2) Zusätzlich ist es in allen Grün- und Erholungsanlagen untersagt:

3. Veranstaltungen (mit Ausnahme des Ringparkfestes), Kundgebungen und Demonstrationen abzuhalten,

4. in jeglicher Art politisch oder wirtschaftlich zu werben oder sich gewerblich zu betätigen,

Der öffentliche Raum wird immer enger. Der

Marktplatz wurde zugebaut. Wo soll man Kundgebungen noch abhalten? Die wenigen freien Plätze die es noch im Innenstadtbereich gibt, werden für Märkte und Gastronomiegewerbe gebraucht.

Diese Punkte der Sicherheitssatzung beschränken grundlegende demokratische Rechte und müssen wieder aufgehoben werden.

### §4 Sicherheitsverordnung

(1) Das Verteilen von Flugblättern, Flugschriften, Handzettel u. ä., an Fußgänger, sofern dadurch der zielgerichtete Fußgängerverkehr, insbesondere an stark begangenen Kreuzungen oder in Spitzenzeiten des Berufsverkehrs in unzumutbarem Maße behindert wird, ist untersagt.

(3) Werden durch Verteilen von Flugblättern und dergleichen Gehwege, Plätze und Fahrbahnen verunreinigt, so ist der Verursacher gemäß Art. 16 BayStrWG verpflichtet, die Verunreinigung zu beseitigen, andernfalls kann er zum Ersatz der Kosten der Reinigung herangezogen werden.

Wird beim Verteilen von Flugblättern nicht grundsätzlich der „zielgerichtete Fußgängerverkehr“ beeinträchtigt, wenn man mit Interessierten ins Gespräch kommt? Ist das dann verboten?

Was tut man wenn, der ein oder andere ein Flugblatt fallen lässt? Können Bürgerinitiativen es dann noch leisten, mit Flugblättern auf Ihr Anliegen aufmerksam zu machen, wenn die Stadt mit der Reinigungsrechnung droht?

## Plakatierung – Privileg der Stadt und der Parteien

### §5 Öffentliche Anschläge (Plaktierung)

(1) Nicht zulässig ist insbesondere das Anbringen von Anschlägen an Bäumen, Masten, Brücken, Stützmauern, elektrischen

Verteilerkästen, Containern, Papierkörben und Telefonzellen.

(6) „Vereine und Ortsverbände von politischen Parteien und Wählergruppen dürfen in den Stadtteilen auf eigens dafür vorgesehenen Flächen und den bestehenden "Schwarzen Brettern" plakatieren. **In diesen Fällen dürfen Plakate auch bis zu einer Größe von 1m<sup>2</sup> mit Zustimmung der Eigentümer bzw. Verfügungsberechtigten an deren Eigentum angebracht werden.**

### §13 Zuwiderhandlungen

(2) Nach Art. 28 Abs. 2 LStVG kann mit Geldbuße bis zu 1.000 Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig Werbemittel oder –anlagen entgegen den in § 5 genannten Vorschriften anbringt.

Gerade kleine kulturelle Initiativen sind auch auf die Möglichkeit der geduldeten „wilden Plakatierung“ angewiesen. Das macht die Stadt lebendig. Auch politische Gruppen haben bei dieser Verordnung das Nachsehen. Dass die Plaktierungserlaubnis an Privateigentum, das Eigentümerversständnis vorausgesetzt, auf Vereine und Ortsverbände der Parteien beschränkt wird ist schlichtweg Zensur.

## Platzverweise nach Gutsherrenart möglich

§6 (1) Die Stadt Würzburg und von ihr beauftragte Dritte sind berechtigt, im Einzelfall Anordnungen zum Vollzug dieser Satzung zu erlassen.

Offenbar ist der Einsatz von Privaten „Schwarzen Sheriffs“ bereits vorgesehen. Oder bereitet man damit den Einsatz von zwangsrekrutierten 1-Euro-Jobbern vor?

§6 (2) Den zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Bereich dieser Satzung ergehenden Anordnungen der Stadt Würzburg und der von ihr beauftragten Dritten ist unverzüglich Folge zu leisten.

§6 (4) Zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder zur Beseitigung einer Störung können Personen vorübergehend von einem Ort verwiesen werden oder ihnen vorübergehend das Betreten eines Ortes verboten werden.

Was eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ darstellt bleibt unklar und wird vom Ordnungshüter vor Ort entschieden. Damit haben die Beauftragten der Stadt die Möglichkeit, wer diese auch immer sein werden, Bürger willkürlich, ohne das Recht auf Widerspruch, des Platzes zu verweisen. Ein Rückschritt von 60 Jahren.

## Menschen - nur als Konsumenten erwünscht

### §4

(1) Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen Dritter und zum ordnungsgemäßen Erhalt der Straßen, Wege und Plätze und der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen ist es untersagt:

2. zu nächtigen oder zu zelten, ausgenommen auf den hierfür ausdrücklich vorgesehenen Flächen,

3. zu betteln in jeglicher Form,

4. Brunnen, Bänke und natürliche oder künstliche Wasserflächen zu betreten, auch wenn letztere zugefroren sind,

5. wildlebende Tiere zu füttern,

6. mit Skateboards auf bestehende Hindernisse (wie Stufen, Treppen, Einfriedungen, Bordsteinkanten, Geländer) zu fahren oder zu springen,

7. sich zum Alkoholgenuss außerhalb von Freischankflächen aufzuhalten oder zu verweilen ...

(3) Es ist untersagt auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen zu lagern.

(4) Wegen der besonderen Sensibilität der Innenstadt ist es im Stadtbezirk Altstadt (Anlage 4) zusätzlich untersagt:

1. im Ringpark Fußball zu spielen,
2. in den übrigen Bereichen des Stadtbezirks Altstadt Ball- und Wurfspiele, außer auf den dafür vorgesehenen Flächen, auszuüben.

### §7 Zuwiderhandlungen

(2) ...

Grundsätzlich wird mit einer Geldbuße nicht unter 25 Euro belegt, wer bettelt oder sich zum Alkoholenuss außerhalb von Freischankflächen aufhält oder verweilt, soweit dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinträchtigt werden kann.

Was die öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinträchtigt entscheiden Ordnungshüter der Stadt. Auf Grund der ökonomischen Probleme ist davon auszugehen, dass diese dazu angehalten werden ihre Stellen durch die Ausstellung von Knöllchen zu refinanzieren.

## Würzburg – Weltoffen und liberal?

So wünschen wir uns unsere Stadt. Doch leider geht Würzburg mit Einwohnern wie mit Gästen und Besuchern anders um.

Menschen mit anderer Hautfarbe erleben Würzburg anders. Mit systematische Personenkontrollen im Bahnhof und sogar den Zügen, die man als rassistische bezeichnen muss begrüßt man sie in Würzburg. Fragt man Reisende zwischen Frankfurt und Würzburg, wird klar – das ist nicht »normal«.

Was man von Bettlern in der Stadt hält, zeigen mehrere Passagen in der »Sicherheits«-Satzung deutlich. Aber auch Jugendliche will man nicht in der Stadt haben.

## Bekennnis für Frieden gegen Faschismus, Militarismus, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit

Die sozialen Probleme nutzen neofaschistische Gruppen für ihre menschenfeindliche Propaganda.

Minderheiten werden zu Sündenböcken für die Probleme erklärt und mit Gewalt bedroht. Das Recht des Starken über den Schwachen ist faschistisches Gedankengut.

Wir möchten, dass Veranstaltungen, wie die Gedenkfeier zur Ehrung der Gefallenen des Weltkriegs, wie am Kriegerdenkmal am Husarenwäldchen eingestellt werden. Unter den Gefallenen befinden sich auch Personen aus den faschistischen Freikorps, was das Kriegerdenkmal erst Recht zu einem Anziehungspunkt für Neofaschisten macht, wie Geschehnisse in der Vergangenheit beweisen. Zivilisten, die dagegen protestieren wollten, erteilte die Stadt Würzburg pauschal, Platzverweise in weitem Umkreis.

Ohne die militaristische Struktur von Befehl und Gehorsam wären viele Verbrechen nicht geschehen. Das Gedenken der Stadt muss zivilen und friedlichen Themen gelten.

Wir werden darauf hinarbeiten, dass die Stadt Würzburg Veranstaltungen unterstützt, bei denen den Menschen gedacht wird,

- die unter dem System gelitten oder Ihr Leben verloren haben
- die sich barbarischen Befehlen und dem Krieg durch desertieren entzogen haben
- die sich aktiv dem Naziregime widersetzt haben.

Das Ziel ist nicht darum bei den Nachgeborenen ein kollektives Schuldbewusstsein zu wecken – es geht um die Gegenwart und um die Zukunft. Dazu müssen wir uns der Vergangenheit stellen.

## Bekenntnis für Frieden

Die Menschen die, unter Gefahr für das eigene Leben, den Mut aufbrachten nicht zu gehorchen sollen unser Vorbild sein. Ihren Mut wollen wir würdigen und uns zum Vorbild nehmen.

Noch eine Reihe von Straßen und Plätzen tragen in ihrem Namen klare militaristische Bezüge oder sind nach Personen benannt, die eine zweifelhafte Rolle in der Geschichte spielten. Wir möchten erreichen, dass auch hier eine Diskussion beginnt und ggf. die Umbenennung anstoßen. Welche Werte wollen wir würdigen – Kolonialismus und Militarismus oder Frieden und Einsatz für Gerechtigkeit und menschliche Werte. Hier wollen wir erreichen, dass klare Zeichen gesetzt werden.

Wir möchten das Projekt eines Denkmals für Deserteure wieder anstoßen.

Wir begrüßen nachdrücklich das Projekt »Stolpersteine«. Das Projekt kann der Beginn für die umfassende Sammlung geschichtliches Wissens, dessen Aufzuarbeitung und Bewahrung werden. Noch leben Zeitzeugen.

Die Zusammenarbeit mit Universität, Fachhochschule und Schulen möchten wir dabei suchen. Denn lokale Geschichte ist lebensnah und spannend und fördert die Identifizierung mit der Stadt. Die schon vorhandenen Initiativen von Einzelpersonen verdienen die Anerkennung der Stadt.

Gruppen und Projekte die sich mit unserer Würzburger Geschichte, Faschismus, Neofaschismus, Menschenfeindlichkeit und Militarismus beschäftigen sollen dabei wohlwollend von der Stadt unterstützt werden. Schirmherrschaften und Räume für Ausstellungen helfen diesen Initiativen bei ihrer Arbeit.

Die Stadt soll sich klar gegen Faschismus, Fremdenhass und Homophobie aussprechen. Dazu werden wir im Stadtrat Anträge einbringen, dass

- die Stadt Würzburg zu Kundgebungen gegen Neofaschismus aufruft
- die Stadt darauf dringt, dass die rassistischen Kontrollen eingestellt werden
- dass der Passus »Platzverweis« in der Sicherheitssatzung sehr stark beschränkt wird
- dass der Trausaal für alle »Ehen« geöffnet wird
- dass die Stadt beim CSD, als buntes Fest der Toleranz, als Mitveranstalterin auftritt

*»Leben wie ein Baum,  
einzeln und frei  
und brüderlich wie ein Wald,  
das ist unsere Sehnsucht.«  
N Hikmet*

**DIE LINKE** ins Rathaus  
Würzburg

 **Liste 9**